

Schriften zum Wirtschaftsrecht

Band 201

**Die britische
Limited Liability Partnership:
Eine attraktive Organisationsform
für Freiberufler?**

Von

Stephan Bank



Duncker & Humblot · Berlin

STEPHAN BANK

Die britische Limited Liability Partnership:
Eine attraktive Organisationsform für Freiberufler?

Schriften zum Wirtschaftsrecht

Band 201

Die britische Limited Liability Partnership: Eine attraktive Organisationsform für Freiberufler?

Eine rechtsvergleichende Untersuchung
des britischen und deutschen Rechts
unter besonderer Berücksichtigung
der europäischen Niederlassungsfreiheit

Von

Stephan Bank



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln
hat diese Arbeit im Sommersemester 2005
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2006 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: Klaus-Dieter Voigt, Berlin
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0582-026X
ISBN 3-428-12152-X
978-3-428-12152-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meinen Eltern
und
meinen Brüdern*

Vorwort

Die großen Berufsausübungsgesellschaften der wirtschaftsnahen Beratungsberufe agieren zunehmend international unter Verwendung einer einheitlichen Organisationsform. Dabei ist auch bei den in Deutschland tätigen Beratungsgesellschaften eine deutliche Tendenz erkennbar, nicht mehr in deutscher Rechtsform, sondern als ausländische Gesellschaft aufzutreten. Als besonders beliebt für die Tätigkeit solcher Freiberuflergesellschaften hat sich die Limited Liability Partnership des britischen Rechts erwiesen. Die vorliegende Abhandlung beleuchtet die Charakteristika der britischen LLP und stellt diese der Partnerschaft als wesensverwandter Gesellschaft des deutschen Rechts gegenüber. Gleichzeitig geht die Arbeit der Frage nach, welche Konsequenz die Nutzung der britischen Organisationsform für Freiberufler in Deutschland hat, um zu untersuchen, ob die LLP als Gesellschaftsform für Freiberufler in Deutschland attraktiv ist.

Die Arbeit lag im Sommersemester 2005 der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation vor. Rechtsprechung und Literatur sind für die Veröffentlichung bis Dezember 2005 berücksichtigt worden. Grundlage der Ausführungen zum britischen Recht sind Erkenntnisse, die während eines einjährigen LL.M.-Studiengangs am University College in London im Jahre 2002/2003 gesammelt wurden.

Meinem Doktorvater und Erstgutachter, Herrn Prof. Dr. Martin Hensler, möchte ich meinen besonderen Dank für die äußerst freundliche und hilfsbereite Betreuung der Promotion aussprechen. Nicht zuletzt durch die Anstellung am Institut für Arbeits- und Wirtschaftsrecht hat er es mir ermöglicht, eine Arbeit dieses Umfangs zu erstellen. Danken möchte ich auch Frau Prof. Dr. Barbara Grunewald für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens. Ferner gilt mein Dank dem verstorbenen Herrn Prof. Ben Pettet sowie Herrn Prof. Ian Fletcher vom University College London für die hilfsbereite Betreuung der Master Thesis. Einen Dank möchte ich zudem dem Deutschen Akademischen Austauschdienst aussprechen, der mir durch ein Stipendium den Studienaufenthalt in London erst ermöglicht hat. Für die großzügige Gewährung eines Druckkostenzuschusses danke ich der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung und der Deutsch-Britischen Juristenvereinigung. Ein besonderer Dank gilt schließlich meinem Vater Wilfried und meinem Bruder Christian. Beide haben mich während der Erstellung der Arbeit immer wieder bestärkt und mich durch ihre Anregungen und Ideen hilfreich unterstützt.

Köln, im Dezember 2005

Stephan Bank

Inhaltsverzeichnis

	Einleitung	29
§ 1	Der Trend zu hybriden Gesellschaftsformen	29
§ 2	Gang der Untersuchung	31
	<i>Erster Teil</i>	
	Die LLP nach britischem Recht	33
§ 3	Allgemeines	33
	I. Traditionelle Gesellschaftsformen nach britischem Recht	33
	1. Partnerships	33
	a) Ordinary partnerships	33
	b) Limited partnerships	35
	2. Companies	36
	II. Reformbestrebungen im britischem Gesellschaftsrecht	38
§ 4	Hintergrund der Einführung der LLP	41
	I. „Race to the top“ – der Wettbewerb der Jurisdiktionen	42
	1. Angloamerikanischer Rechtskreis	42
	2. Kontinentaleuropa	43
	3. Einfluss auf die britische LLP	44
	II. Die jüngeren Reformbestrebungen in Jersey	45
	III. Die Kampagne der großen Freiberuflerpersonengesellschaften	46
	1. Das Entstehen großer partnerships von Freiberuflern	46
	2. Die Haftungskrise der großen Freiberuflergesellschaften	49
	IV. Fazit	51
	1. Die LLP – Ergebnis erfolgreicher Lobbyarbeit	52
	2. Einfluss der Lobbyarbeit auf das Ziel der Reform	53
§ 5	Rechtsnatur der LLP und Regelungstechnik des LLPA	54
	I. Die LLP – eine Hybride	54
	II. Der LLPA – ein Rahmengesetz	56
§ 6	Die Verfassung der LLP	58
	I. Die Entstehung der LLP	59

1.	Die Eintragungsvoraussetzungen	59
a)	Zusammenschluss mindestens zweier Gründer zwecks eines auf Gewinn angelegten erlaubten Geschäfts	59
b)	Die Gründungsurkunde	61
aa)	Anforderungen an die Gründungsurkunde	61
bb)	Die Firma der LLP	62
c)	Die Konformitätserklärung	64
2.	Registrierung und Zertifikatsausstellung	64
3.	Vor der Entstehung geschlossene Verträge	66
4.	Zusammenfassende Würdigung	66
II.	Das Innenverhältnis der LLP	67
1.	Die Gesellschafter der LLP (members)	67
a)	Die Aufnahme neuer Gesellschafter	67
b)	Der Austritt von Gesellschaftern	68
c)	Der Geschäftsanteil der Gesellschafter	71
d)	Der Status der Gesellschafter	72
e)	Die designierten Gesellschafter (designated members)	73
2.	Die Rechte und Pflichten der LLP-Gesellschafter	75
a)	Der Gesellschaftsvertrag (LLP agreement)	75
aa)	Der Vorbehalt anderweitiger gesetzlicher Regelung	75
bb)	Die zentrale Bedeutung des Gesellschaftsvertrages	76
cc)	Die Formalien des Gesellschaftsvertrages	76
b)	Die Auffangregelungen (default provisions)	78
aa)	Entwicklung der Auffangregeln im Gesetzgebungsprozess ..	78
bb)	Inhalt der Auffangregeln	79
c)	Treupflichten der Gesellschafter (fiduciary duties)	80
aa)	Treupflichten der Gesellschafter gegenüber der LLP	80
(1)	Partnership law Grundsätze	81
(2)	Company law Grundsätze	82
(a)	Company directors	83
(b)	Company shareholders	84
(3)	LLP members	85
bb)	Treupflichten der Gesellschafter untereinander	86
(1)	Partnership law Grundsätze	86
(2)	Company law Grundsätze	87
(3)	LLP members	88
3.	Zusammenfassende Würdigung	89
III.	Die LLP im Außenverhältnis	93
1.	Die eigene Rechtspersönlichkeit der LLP	93
2.	Das Handeln der juristischen Person	94

a)	Handeln im Rechtsverkehr	95
b)	Deliktisches Handeln	96
aa)	Vicarious liability	97
bb)	Agency	98
3.	Vertragsrecht (contract)	99
4.	Haftung für sorgfaltswidriges Verhalten (tort of negligence)	100
a)	Bestehen einer Sorgfaltspflicht (duty of care)	101
aa)	Die drei Tests zur Sorgfaltspflicht im britischen Recht	101
(1)	Der dreifache Test (threefold test)	101
(2)	Der Test der Übernahme persönlicher Verantwortung (assumption of responsibility)	102
(3)	Der schrittweise Test (incremental test)	103
bb)	Relevanz für die LLP	103
b)	Bruch der Sorgfaltspflicht (breach) und Schaden (damage)	105
5.	Zusammenfassende Würdigung	105
IV.	Die LLP-Gesellschafter im Außenverhältnis	106
1.	Vertragliche Rechtsbeziehungen (contract)	107
a)	Vertreter ohne Vertretungsmacht (breach of warranty of author- ity)	107
b)	Verdeckte Stellvertretung (undisclosed agency)	108
c)	Vertragsauslegung (construction of contract)	109
2.	Haftung für sorgfaltswidriges Verhalten (tort of negligence)	110
a)	Bestehen einer Sorgfaltspflicht (duty of care)	111
aa)	Relevanz der Hedley Byrne Leitlinien	111
bb)	Auswirkung des Status der LLP als juristische Person	112
(1)	Der LLPA	112
(2)	Die Explanatory Notes	113
(3)	Die jüngsten Entwicklungen im Fallrecht des company law	114
(a)	Allgemeines	114
(b)	Williams v Natural Life Health Foods Ltd	115
(aa)	Sachverhalt	115
(bb)	Rechtliche Würdigung	116
α)	Der High Court	116
β)	Der Court of Appeal	117
γ)	Das House of Lords	118
(cc)	Einordnung der Entscheidung und Bedeutung für die LLP	120
(c)	Merrett v Babb	122
(aa)	Sachverhalt	122
(bb)	Rechtliche Würdigung	123

(cc) Einordnung der Entscheidung und Bedeutung für die LLP	124
(d) Standard Chartered Bank v Pakistan National Shipping Co (No 2)	126
(aa) Sachverhalt	126
(bb) Rechtliche Würdigung	126
(cc) Einordnung der Entscheidung und Bedeutung für die LLP	128
cc) Auswirkung freiberuflicher Tätigkeit der LLP-Gesellschafter	129
(1) Die traditionelle Position im britischen Recht	130
(2) Anwendung auf die LLP	131
dd) Auswirkung interner Aufgabenverteilung in einer freiberuflichen LLP	134
(1) Kleine freiberufliche LLPs	134
(2) Große freiberufliche LLPs	135
ee) Auswirkung gegenseitiger Kontrolle in einer freiberuflichen LLP	137
ff) Einschränkende Faktoren	139
(1) Vertrauen auf die Verantwortungsübernahme (reliance upon the assumption)	140
(2) Vernünftigkeit des Vertrauens (reasonable reliance)	140
b) Bruch der Sorgfaltspflicht (breach) und Schaden (damage)	141
c) Mögliche Mechanismen zum Ausschluss persönlicher Haftung	142
3. Haftungsdurchgriff auf die LLP-Gesellschafter (<i>lifting the corporate veil</i>)	144
a) Die Rechtsprechung im company law	144
aa) Single economic unit	144
bb) Agency	147
cc) Interests of justice	148
dd) Façade or sham	149
b) Übertragung auf die LLP	152
4. Zusammenfassende Würdigung	153
a) Vertragliche Rechtsbeziehungen (contract)	153
b) Haftung für sorgfaltswidriges Verhalten (tort of negligence) ...	154
V. Spezifische Gläubigerschutzmechanismen im Recht der LLP	157
1. Insolvenzzrechtliche Gläubigerschutzmechanismen	158
a) Adressaten der insolvenzzrechtlichen Verhaltenspflichten	160
aa) De jure Gesellschafter (de jure members)	160
bb) Schattengesellschafter (shadow members)	161
cc) Faktische Gesellschafter (de facto members)	162

dd) Die Spruchpraxis zu Schattendirektoren und faktischen Direktoren im company law	162
(1) Schattendirektoren (shadow directors)	163
(2) Faktische Direktoren (de facto directors)	166
(3) Fazit	167
ee) Übertragung auf die LLP	169
b) Fraudulent trading (section 213 IA 1986)	171
aa) Historischer Hintergrund von section 213 IA 1986	171
bb) Regelungsinhalt von section 213 IA 1986	172
cc) Übertragung der Rechtsprechung im company law	172
(1) Geschäftsführung	172
(2) Betrugsabsicht (intent to defraud)	173
(3) Bestimmung der Haftsumme	175
(4) Verantwortliche Personen	176
(5) Sonstige Voraussetzungen	176
dd) Bewertung von section 213 IA 1986	177
c) Wrongful trading (section 214 IA 1986)	178
aa) Historischer Hintergrund von section 214 IA 1986	179
bb) Regelungsinhalt von section 214 IA 1986	180
(1) Haftungsvoraussetzungen nach section 214 IA 1986 ...	180
(2) Konkretisierung durch die Rechtsprechung im company law	182
(3) Übertragung auf die LLP	182
(a) Der „ <i>Moment der Wahrheit</i> “: Die Kenntnis der Gesellschafter von der Insolvenz	183
(b) Die Gegenmaßnahmen der Gesellschafter	186
(c) Bestimmung der Haftsumme	188
cc) Bewertung von section 214 IA 1986	191
(1) Schwächen von section 214 IA 1986	192
(a) Beschränkung des Antragsrechts	193
(b) Exakte Bestimmung des „ <i>Moments der Wahrheit</i> “ ..	194
(c) Finanzierung von wrongful trading Verfahren	196
(2) Reform von section 214 IA 1986	199
(3) Fazit	200
d) Adjustment of withdrawals (section 214A IA 1986)	202
aa) Historischer Hintergrund von section 214A IA 1986	202
bb) Regelungsinhalt von section 214A IA 1986	204
(1) Haftungsvoraussetzungen von section 214A 1986	204
(2) Wissensstand der Gesellschafter	205
(a) Kenntnis der Unabwendbarkeit des Insolvenzverfahrens	205

(b)	Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit	207
(aa)	Nachsichtige Haltung der Rechtsprechung	208
(bb)	Strenge Haltung der Rechtsprechung	209
(cc)	Auswirkung	209
(3)	Bestimmung der Haftsumme	210
cc)	Bewertung von section 214A IA 1986	211
e)	Misfeasance (section 212 IA 1986)	213
aa)	Historischer Hintergrund von section 212 IA 1986	213
bb)	Regelungsinhalt von section 212 IA 1986	213
(1)	Treuepflichten bei herannahender Insolvenz im company law	216
(a)	Art der Treuepflicht	216
(b)	Hintergrund der Treuepflicht	218
(c)	Entstehung der Treuepflicht	220
(2)	Übertragung auf die LLP	222
(a)	Inhalt der Treuepflicht	222
(b)	Maßstab für das Verhalten der Gesellschafter	224
(c)	Haftungsausschluss nach section 727 CA 1985	226
cc)	Bewertung von section 212 IA 1986	226
(1)	Schwächen eines Verfahrens wegen Treuepflichtverletzung	226
(2)	Vorteile eines Verfahrens wegen Treuepflichtverletzung	228
(3)	Fazit	230
f)	Disqualification of unfit members (section 6 CDDA 1986)	231
aa)	Historischer Hintergrund des CDDA 1986	232
bb)	Regelungsinhalt von section 6 CDDA 1986	234
cc)	Bestimmung der Ungeeignetheit	237
(1)	Die Ungeeignetheit von company directors	238
(2)	Übertragung auf die LLP	241
(a)	Berücksichtigung des Einzelfalls	241
(b)	Indizien fehlender und nicht fehlender Eignung	242
(c)	Dauer der Disqualifikation	245
dd)	Bewertung von section 6 CDDA 1986	246
(1)	Vorzüge von section 6 CDDA 1986	246
(2)	Schwächen von section 6 CDDA 1986	247
(3)	Reform von section 6 CDDA 1986	248
(4)	Fazit	249
2.	Publizitäts- und Bilanzierungsvorschriften	250
a)	Pflichten der LLP	251
(1)	Tagesaktuelle Bücher (accounting records)	251

(2) Jahresabschluss (annual accounts)	251
(3) Abschlussprüfung (audit)	252
(4) Grundsätze zur Erstellung des Abschlusses	253
(5) Jährliche Registermeldung (annual return)	254
(6) Publizität	254
b) Bewertung	254
3. Zusammenfassende Würdigung	256
VI. Die Besteuerung der LLP	258
1. Allgemeines	259
2. Income and corporation tax	260
3. National Insurance contributions	261
4. Capital gains tax	262
5. Zusammenfassende Würdigung	263
§ 7 Gesamtbetrachtung	263
I. Umsetzung der Ziele des Gesetzgebers	264
1. Flexibilität und einfache Handhabbarkeit	264
2. Beschränkung der persönlichen Haftung	264
a) Vertragliche Rechtsbeziehungen (contract)	265
b) Haftung für sorgfaltswidriges Verhalten (tort of negligence) ...	265
3. Steuertransparenz	268
4. Gläubigerschutz	268
II. Akzeptanz der LLP	269
1. Anfängliche Situation	269
2. Nachfolgende Entwicklung	271
3. Ausblick	275

Zweiter Teil

	Die Partnerschaft nach deutschem Recht	277
§ 8 Entstehungsgeschichte der Partnerschaft		277
I. Der Gesetzesentwurf von 1971		278
II. Der Gesetzesentwurf von 1975		278
III. Der Gesetzesentwurf von 1993		279
§ 9 Rechtsnatur der Partnerschaft und Regelungstechnik des PartGG		281
I. Rechtsnatur der Partnerschaft		281
II. Regelungstechnik des PartGG		282
§ 10 Die Ausgestaltung der Partnerschaft		283
I. Die Entstehung der Partnerschaft		283
1. Voraussetzungen nach § 1 PartGG		284

2.	Partnerschaftsvertrag	285
a)	Schriftform des Vertrages	285
b)	Inhalt des Vertrages	286
3.	Anmeldung der Partnerschaft	287
4.	Vorgesellschaft, Prüfung und Eintragung	288
II.	Das Innenverhältnis der Partnerschaft	290
1.	Grundsatz der Vertragsfreiheit	290
2.	Vorrang des Berufsrechts	290
3.	Beschränkung des Ausschlusses von der Geschäftsführung	291
4.	Inhalt des subsidiär geltenden oHG-Innenrechts	292
a)	Ersatz von Aufwendungen	292
b)	Verzinsungspflicht	292
c)	Wettbewerbsverbot	292
d)	Informations- und Einsichtsrecht	292
e)	Geschäftsführung	293
f)	Gesellschafterbeschlüsse	293
g)	Gewinn- und Verlustverteilung	294
h)	Treuepflichten	294
III.	Die Partnerschaft und die Partner im Außenverhältnis	295
1.	Wirksamwerden der Partnerschaft im Verhältnis zu Dritten	295
2.	Rechtliche Verselbständigung der Partnerschaft	296
3.	Vertretung	296
4.	Haftung für Verbindlichkeiten	297
a)	Die Haftung der Partnerschaft	297
b)	Die Haftung der Partner	298
aa)	Akzessorische Haftung	299
(1)	Inhalt der Haftung	299
(2)	Einwendungen der Partner	300
(3)	Eintretende und ausgeschiedene Partner	300
(4)	Haftung von Nichtpartnern	300
bb)	Haftung für eigenes Fehlverhalten	302
c)	Haftungsbeschränkung zugunsten der Partner	302
aa)	Haftungskonzentration nach § 8 Abs. 2 PartGG	302
(1)	Anwendungsbereich von § 8 Abs. 2 PartGG	303
(2)	Befassung mit der Bearbeitung eines Auftrags	304
(a)	Auftrag	304
(b)	Befassung	305
(3)	Bearbeitungsbeiträge von untergeordneter Bedeutung ..	307
bb)	Summenmäßige Haftungsbeschränkung	308
IV.	Gläubigerschutzmechanismen im Recht der Partnerschaft	308

1. Beschränkung des Gläubigerschutzes auf die akzessorische Gesellschaftshafterhaftung	309
2. Möglichkeit eines Haftungsdurchgriffs in der Partnerschaft	310
V. Die Besteuerung der Partnerschaft	313
1. Körperschaftssteuer und Einkommenssteuer	313
2. Gewerbesteuer	313
3. Umsatzsteuer	314

Dritter Teil

Rechtsvergleichende Analyse 315

§ 11 Wesentliche Strukturmerkmale	315
I. Rechtsnatur der Gesellschaften	315
II. Regelungstechnik der den Organisationsformen zugrunde liegenden Gesetze	316
III. Entstehung der Gesellschaften	317
IV. Das Innenverhältnis der Gesellschaften	318
V. Das Außenverhältnis der Gesellschaften	318
VI. Die Gesellschafter im Außenverhältnis	319
1. Allgemeine Verbindlichkeiten	319
2. Verbindlichkeiten wegen fehlerhafter Berufsausübung	320
VII. Die Gläubigerschutzmechanismen der Gesellschaften	322
1. Gläubigerschutz bei allgemeinen Verbindlichkeiten	323
2. Gläubigerschutz bei Verbindlichkeiten wegen fehlerhafter Berufsausübung	324
3. Fazit	327
VIII. Die steuerrechtliche Behandlung der Gesellschaften	327
§ 12 Gesamtbetrachtung und Denkanstöße für die Partnerschaft	327
I. Beschränkung des Zugangs zur Partnerschaft	329
1. Fehlende Rechtfertigung der Beschränkung	329
2. Aufhebung des Sonderprivilegs	333
II. Ausweitung des Gläubigerschutzes	333
1. Notwendigkeit der Stärkung des Gläubigerschutzes bei der Partnerschaft	333
2. Einführung eines spezifischen Anfechtungsrechts in der Insolvenz	335
III. Fazit	336

*Vierter Teil***Die britische Freiberufler-LLP mit Verwaltungssitz in Deutschland** 338

§ 13 Die Bedeutung der EuGH-Rechtsprechung für den Zuzug ausländischer Gesellschaften	339
I. Allgemeines	339
1. Die Gründungstheorie	340
2. Die Sitztheorie	340
II. Die Europäische Rechtsprechung zur Niederlassungsfreiheit	341
1. Überlagerung des nationalen Rechts durch die Niederlassungsfreiheit	342
2. Faktische Absage an die Sitztheorie	343
3. Kein Vorrang der Gründungstheorie: Gemeinschaftsrechtlicher Ansatz	345
4. Reichweite des gemeinschaftsrechtlichen Ansatzes	346
a) Übertragung der EuGH-Rechtsprechung zu anderen Grundfreiheiten	347
aa) Die Warenverkehrsfreiheit	348
(1) Die <i>Keck</i> Leitlinien	348
(2) Der Marktzugangstest	349
(3) Die „Regel der Abgeschlossenheit“	350
bb) Die übrigen Grundfreiheiten	351
(1) Die <i>Keck</i> Leitlinien und der Marktzugangstest	351
(2) Die „Regel der Abgeschlossenheit“	352
b) Rückschluss auf die Reichweite der Niederlassungsfreiheit	353
aa) Zentrale Bedeutung des Marktzugangstests	353
bb) Differenzierung zwischen verbandsspezifischen und neutralen Regelungen	354
(1) Verbandsspezifische Regelungen	354
(2) Neutrale Regelungen	355
5. Eingeschränkte Möglichkeiten der Rechtfertigung	356
a) Die <i>Gebhard</i> Leitlinien	356
b) Missbrauch und Betrug	357
§ 14 Einzelne Sachfragen im Recht der „Briefkasten-LLP“	359
I. Allgemeines	359
1. Rechtsfragen der Errichtung der Gesellschaft	360
2. Innergesellschaftliche Rechtsfragen	361
3. Rechtsfragen der Rechtsfähigkeit, Geschäftsfähigkeit und Organvertretung	361
4. Rechtsfragen der Rechnungslegung und -prüfung	362
5. Steuerliche Behandlung	362

II.	Die Haftungsbeschränkung	363
1.	Die Insolvenzverschleppungshaftung	365
a)	Die Insolvenzverschleppungshaftung als insolvenzrechtliches Rechtsinstitut	366
b)	Die Insolvenzverschleppungshaftung als neutrales Rechtsinstitut	369
c)	Die Insolvenzverschleppungshaftung als verbandsspezifisches Rechtsinstitut	370
2.	Die Durchgriffshaftung	372
a)	Die Durchgriffshaftung als neutrales Rechtsinstitut	374
b)	Sonderfall: Die Existenzvernichtungshaftung als insolvenz- rechtliches Rechtsinstitut	375
c)	Die Durchgriffshaftung als verbandsspezifisches Rechtsinstitut .	376
3.	Die Vertreterhaftung	379
a)	Exkurs: Einfluss freiberuflicher Tätigkeit auf die Vertreterhaf- tung	381
b)	Die Vertreterhaftung als verbandsspezifisches Rechtsinstitut ...	384
c)	Die Vertreterhaftung als neutrales Rechtsinstitut	384
d)	Die marktzugangsneutrale Wirkung der Vertreterhaftung	386
4.	Rechtfertigung nach den <i>Gebhard</i> Grundsätzen	388
a)	Die ersten drei Rechtfertigungsvoraussetzungen	389
aa)	Nicht diskriminierende Anwendung	389
bb)	Durch zwingende Gründe des Allgemeinwohls gedeckt	389
cc)	Zur Zielerreichung geeignet	390
b)	Die Erforderlichkeit	390
aa)	Die Handhabung der Erforderlichkeit im Rahmen der Nie- derlassungsfreiheit	391
(1)	Das strikte Verständnis der Erforderlichkeit	391
(2)	Das Konzept des mündigen Gläubigers (Informations- modell)	392
(3)	Differenzierung zwischen den Arten der Gläubiger	393
(a)	Freiwillige Gläubiger: Das Informationsmodell	394
(b)	Unfreiwillige Gläubiger: Erfordernis einer Schutz- lücke	395
bb)	Übertragung auf die Durchgriffshaftung und Insolvenzver- schleppungshaftung	397
(1)	Freiwillige Gläubiger	397
(2)	Unfreiwillige Gläubiger	398
c)	Fazit	402
§ 15	Exkurs: Bedeutung der EuGH-Rechtsprechung für eine britische Freiberuf- ler-LLP mit Zweigniederlassung in Deutschland	402

§ 16 Korrektur der Haftungsvorteile einer nach Deutschland zugezogenen Freiberufler-LLP?	404
I. Erfordernis einer Korrektur?	405
II. Anwendung der britischen Rechtsprechung zur „ <i>professional liability</i> “?	406
1. Die britische Rechtsprechung zur „ <i>professional liability</i> “ als Teil eines verbandsspezifischen Gesamtkonzepts?	406
2. Anwendung der britischen Rechtsprechung zur „ <i>professional liability</i> “ über allgemeine Rechtsscheinsgrundsätze?	406
III. Keine Korrektur der Haftungsvorteile	407
1. Keine Einwände gegen die Haftungsvorteile aus Sicht der Gründungstheorie	407
2. Keine Einwände gegen die Haftungsvorteile aus Sicht des Gemeinschaftsrechts	408
3. Europarechtliche Unzulässigkeit der Korrektur der Haftungsvorteile	409
a) Keine verbandsspezifische Anknüpfung der britischen Rechtsprechung zur „ <i>professional liability</i> “	409
b) Direkte Diskriminierung durch Anknüpfung des Rechtsscheins an das Auftreten in ausländischer Rechtsform	411
§ 17 Gesamtbetrachtung	412
Zusammenfassende Thesen	415
Literaturverzeichnis	422
Sachwortverzeichnis	454

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
Abl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
A.C.	Appeal Cases
ACCA	Association of Chartered Certified Accountants
Acc. Age	Accountancy Age
Accty.	Accountancy
A.C.L.C.	Australian Company Law Cases
A.C.L.R.	Australian Company Law Reports
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
A.C.S.R.	Australian Corporate and Securities Reports
AG	– Aktiengesellschaft – Die Aktiengesellschaft (<i>Zeitschrift</i>)
AJA 1985	Administration of Justice Act 1985
AktG	Aktiengesetz
A.L.J.R.	Australian Law Journal Reports
All E.R.	All England Law Reports
A.L.R.	Australian Law Reports
Anh.	Anhang
AnwBl.	Anwaltsblatt
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
B. & Ad.	Barnewall & Adolphus' King's Bench Reports
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs Berater
B.C.C.	British Company Cases
B.C.L.C.	Butterworths Company Law Cases
Beav.	Beavan's Rolls Court Reports
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
B.L.R.	Business Law Review
BNA 1985	Business Names Act 1985
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung

BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
BSA 1986	Building Societies Act 1986
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CA 1862	Companies Act 1862
CA 1928	Companies Act 1928
CA 1948	Companies Act 1948
CA 1967	Companies Act 1967
CA 1976	Companies Act 1976
CA 1981	Companies Act 1981
CA 1985	Companies Act 1985
CA 1989	Companies Act 1989
CCAB	Consultative Committee of Accountancy Bodies
CDDA 1986	Company Directors Disqualification Act 1986
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
C.F.I.L.R.	Company Financial and Insolvency Law Review
Ch.	Chancery Division
Ch. App.	Chancery Appeal Cases
Ch. D.	Chancery Division
CJ	Chief Justice
C.L.P.	Current Legal Problems
C.L.R.	Commonwealth Law Reports
C.L.W.R.	Common Law World Review
C.M.L.R.	Common Market Law Review
Cmd.	Command Paper
Co	Company
col.(-s)	column (-s)
Comp. Law.	Company Lawyer
Corp	Corporation
C.P.	Court of Common Pleas
C.P. Rep.	Civil Procedure Reports
CSU	Christlich Soziale Union Deutschlands
dass.	dasselbe
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe (-n)
DK	Der Konzern
DNotZ	Deutsche Notarzeitschrift

DStR	Deutsches Steuerrecht
DTI	Department of Trade and Industry
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E. & B.	Ellis & Blackburn
EA 2002	Enterprise Act 2002
E.B.O.R.	European Business Organization Law Review
E.C.F.R.	European Company and Financial Law Review
EEIG	European Economic Interest Grouping
EEIG Regulations	European Economic Interest Grouping Regulations 1989
EG	Europäische Gemeinschaft
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung
E.G.L.R.	Estates Gazette Law Reports
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
ELF	The European Legal Forum
E.L.R.	European Law Review
E.M.L.R.	Entertainment Media Law Reports
Env. L. R.	Environmental Law Reports
ESTG	Einkommenssteuergesetz
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuInsVO	Verordnung des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren (<i>Europäische Insolvenzverordnung</i>)
EuR	Europarecht (<i>Zeitschrift</i>)
EUV	Vertrag über die europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E.W.C.A. Civ.	England and Wales Court of Appeal (Civil Division) Decisions
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
E.W.H.C.	England and Wales High Court Decisions
FA 2001	Finance Act 2001
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschlands
f./ff.	folgend (-e/-er)
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FSMA 2000	Financial Services and Markets Act 2000
F.S.R.	Fleet Street Reports
F.T.L.R.	Financial Times Law Reports
GBP	Britische Pfund
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften

GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggfs.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH Rundschau
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GS	Gedächtnisschrift
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
Ha.	Hare's Reports, Chancery
H.C.	House of Commons
HGB	Handelsgesetzbuch
H.L.	House of Lords
h. M.	herrschende Meinung
HS.	Halbsatz
IA 1985	Insolvency Act 1985
IA 1986	Insolvency Act 1986
IA 2000	Insolvency Act 2000
I.A.B.	International Accounting Bulletin
I.B.L.	International Banking Law
ICAEW	Institute of Chartered Accountants in England and Wales
I.C.C.L.R.	International Company and Commercial Law Review
I.C.R.	Industrial Cases Reports
ICTA 1988	Income and Corporation Taxes Act 1988
I.L.J.	Industrial Law Journal
I.L.P.	Insolvency Law and Practice
Ins. Int.	Insolvency Intelligence
Ins. Law.	Insolvency Lawyer
InsO	Insolvenzordnung
Ins. Pract.	Insolvency Practitioner (<i>Zeitschrift</i>)
Int. Acc.	International Accounting
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IR 1986	Insolvency Rules 1986
i. S. v.	im Sinne von
J	Justice/Judge
JA	Judge of Appeal
J.B.L.	Journal of Business Law
J.C.L.	Journal of Corporation Law
J.I.B.L.	Journal of International Banking Law
J.L.E.	Journal of Law and Economics
JR	Juristische Rundschau
Jur. Rev.	Juridical Review
JZ	Juristenzeitung

K.B.	King's Bench
KG	Kommanditgesellschaft/Kammergericht
KOM	Europäische Kommission
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KTS	Konkurs- Treuhand- und Schiedsgerichtswesen
LA 1980	Limitation Act 1980
L.I.E.I.	Legal Issues of Economic Integration
LJ	Lord Justice of Appeal
L.J. Ch.	Law Journal Reports Chancery
LLC	Limited liability company
Lloyd's Rep.	Lloyd's Reports
LLPA	Limited Liability Partnerships Act 2000
LLP/llp	Limited liability partnership
LLP Regulations	Limited Liability Partnerships Regulations 2001
LM	Lindenmaier/Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
L.M.C.L.Q.	Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly
Lord	Lord of Appeal
Lord CJ	Lord Chief Justice
LPA 1907	Limited Partnerships Act 1907
L.Q.R.	Law Quarterly Review
L.R.	Law Reports
L.R. Ch.App.	Chancery Appeals
L.R. C.P.	Common Pleas
L.R. Ex.	Exchequer
L.R. Q.B.	Queen's Bench
L.S.G.	Law Society Gazette
Ltd/ltid	Private limited company
MDR	Monatsschrift des deutschen Rechts
Mich. L.R.	Michigan Law Review
M.L.R.	Modern Law Review
MR	Master of the Rolls
M.U.L.R.	Melbourne University Law Review
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
nF	Neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
N.L.J.	New Law Journal
Nr.	Nummer
NW	Nordrhein-Westfalen
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz und Sanierung
N.Z.L.R.	New Zealand Law Reports

OED	Oxford English Dictionary, 2. Auflage, Oxford 1989
OEIC	Open Ended Investment Company
oHG	offene Handelsgesellschaft
O.J.L.S.	Oxford Journal of Legal Studies
OLG	Oberlandesgericht
P	President of the New Zealand Court of Appeal
PA 1890	Partnership Act 1890
para. (-s.)	paragraph
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
PatAO	Patentanwaltsordnung
P.C.B.	Private Client Business
Plc/plc	Public limited company
P.N.L.R.	Professional Negligence and Liability Reports
PRV	Partnerschaftsregisterverordnung
Pty/pty	Proprietary
Q.B.	Queen's Bench
Q.B.D.	Queen's Bench Division
QC	Queen's Counsel
R	Rex bzw. Regina
Rdn.	Randnummer (-n)
RdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft
reg.(-s.)	regulation (-s)
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RnotZ	Rheinische Notarzeitschrift
RRA 1976	Race Relations Act 1976
Rs.	Rechtssache
R.T.R.	Road Traffic Reports
S.	Seite (-n)/Satz
Sch.	Schedule
S.C.R.	Supreme Court Reports
SDA 1975	Sex Discrimination Act 1975
Select Committee	House of Commons Select Committee on Trade and Industry
S.J.	Solicitor's Journal
S.J.L.S.	Singapore Journal of Legal Studies
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs
S.L.P.Q.	Scottish Law and Practice Quarterly
S.L.T.	Scots Law Times
sog.	so genannt (-e/-er/-es)
Sonderbd.	Sonderband
SORP	Statement of Recommended Practice
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SSCBA 1992	Social Security Contributions and Benefits Act 1992
StB	Der Steuerberater
StBG	Steuerberatungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
t	Tonne (-n)
TCGTA 1992	Taxation of Chargeable Gains Tax Act 1992
T.L.R.	Times Law Reports
UCTA 1977	Unfair Contract Terms Act 1977
UK	United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
UK GAAP	United Kingdom Generally Accepted Accounting Practices
US-	United States of America (<i>bei Zusammensetzungen</i>)
USA	United States of America
USD	US-Dollar
UStG	Umsatzsteuergesetz
v	versus
v.	von
V-C	Vice Chancellor
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume
Vorb.	Vorbemerkung
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung
W.L.R.	Weekly Law Reports
WM	Wertpapier Mitteilungen
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WPK-Mitt.	Wirtschaftsprüferkammer-Mitteilungen
WPO	Wirtschaftsprüferordnung
Y.E.L.	Yearbook of European Law
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer (-n)
ZinsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

Bei ausländischen Abkürzungen wurde die im jeweiligen Land übliche Zitierweise zugrunde gelegt. Für den angloamerikanischen Raum wurde dabei einheitlich die britische Zitierweise verwendet. Abkürzungen von Monatsnamen wurden nicht aufgenommen.

Einleitung

Betrachtet man das Gesellschaftsrecht aus einem internationalen Blickwinkel, so kann man feststellen, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine weltweite Entwicklung stattgefunden hat, die zu einer immer stärkeren Auflösung der einst strikten Differenzierung zwischen Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften geführt hat.¹

§ 1 Der Trend zu hybriden Gesellschaftsformen

Als das wohl auffälligste Phänomen dieses globalen Prozesses kann man die Schaffung sog. „hybrider Gesellschaftsformen“ in verschiedenen Jurisdiktionen bezeichnen. Unter hybriden Gesellschaften versteht man Organisationsformen, die als Zwitter zwischen Personen- und Kapitalgesellschaft Elemente beider traditioneller Gesellschaftstypen enthalten. Hintergrund der Einführung solcher innovativer Vehikel ist das Anliegen, die spezifischen Vorteile von Personen- und Kapitalgesellschaft miteinander in einer Einheit zu verbinden, um dadurch eine möglichst effiziente Gesellschaftsform zu schaffen.

Die Initialzündung zur Entwicklung hybrider Gesellschaftsformen kam aus den USA. Dort rief der Gesetzgeber des Bundesstaats Wyoming bereits im Jahre 1977 durch den Wyoming Limited Liability Act die limited liability company ins Leben und kreierte so eine Gesellschaft, die das Ziel hatte, die haftungsrechtlichen Vorzüge der traditionellen US-amerikanischen corporation mit dem vorteilhaften steuerrechtlichen Status der partnership zu verbinden.²

Ebenfalls in den USA wurde die erste limited liability partnership als weitere innovative Gesellschaftsform geschaffen. Im August 1991 änderte Texas seinen Uniform Partnership Act dahingehend, dass es einer general partnership ermöglicht wurde, durch Eintrag in ein besonderes staatliches Register eine LLP zu

¹ Vgl. *Wiedemann*, Band II, S. 84; *Kilian*, RIW 2000, 896, 896; *Lemaitre/Schnittker/Siegel*, GmbHR 2004, 618, 618; *Ribstein*, in: McCahery/Raaijmakers/Vermeulen, *The Governance of Close Corporations and Partnerships*, 153, 153 f.; *McCahery/Vermeulen*, in: McCahery/Raaijmakers/Vermeulen, *The Governance of Close Corporations and Partnerships*, 191, 191–195.

² *Callison*, in: McCahery/Raaijmakers/Vermeulen, *The Governance of Close Corporations and Partnerships*, 241, 241–243. Zur US-LLC *Vermeulen*, S. 112–119; *Wiedemann*, Band II, S. 82 f.; *Hamill* (1996) Mich.L.R. 95, 393–446; *Freedman* (2000) M.L.R. 63 (3), 317, 321 ff.

werden und dadurch die gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschafter für Schadensersatzansprüche aufgrund von Pflichtverletzungen zu beschränken.³ Die LLP wurde dabei speziell für die Bedürfnisse von assoziierten Freiberuflern konzipiert.⁴ Wegen des großen Anklangs der LLP sind mittlerweile alle US-Bundesstaaten dem Vorbild von Texas gefolgt, so dass die Rechtsform der LLP heutzutage überall in den USA existiert.⁵ Zuvorderst wird die amerikanische LLP von Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften genutzt,⁶ die häufig ihre ehemals als general partnership gegründeten Unternehmen als LLP registrieren lassen.

Das Beispiel der LLP nach US-amerikanischem Vorbild hat weltweit Schule gemacht, so dass in der Folge verwandte oder vergleichbare innovative Gesellschaftsformen in nahezu allen Teilen der Welt entstanden sind. So sind Varianten der LLP mittlerweile in Kanada,⁷ Australien⁸ und Singapur⁹ anzutreffen. In Europa existiert seit 1998 die Jersey LLP.¹⁰ Seit 2001 können Gesellschaften im Vereinigten Königreich ebenfalls in der Rechtsform der LLP gegründet werden.¹¹ In Deutschland kommen die nach dem Partnerschaftsgesellschaftsgesetz von 1994¹² gegründeten Partnerschaften diesen innovativen Organisationsformen am nächsten.

³ *Netherway/Begg/Beckett*, S. 147; *Kern*, S. 13 ff.; *Wiedemann*, Band II, S. 81 f.; *Twomey*, Rdn. 1.34; *ders.* (2003) *Comp. Law* 24 (3), 86, 86 f.; *Bradley* (2001) *C.L.W.R.* 30 (3), 330–342.

⁴ *Henssler*, in: FS *Wiedemann*, 907, 909; *Twomey*, Rdn. 1.34; *Kilian*, *RIW* 2000, 896, 897.

⁵ *Bromberg/Ribstein*, S. 16; *Morse*, in: *Palmer's LLP*, Rdn. A1-05; *Vermeulen*, S. 116; *Callison*, in: *McCahery/Raaijmakers/Vermeulen*, *The Governance of Close Corporations and Partnerships*, 241, 242; *Hamilton* (2001) *J.C.L.* 26, 1045, 1056 ff.

⁶ *Henssler*, in: FS *Wiedemann*, 907, 909.

⁷ Die Provinz Ontario hat ihre Version der LLP im Juli 1998 eingeführt. Alberta folgte diesem Vorbild 1999. Andere kanadische Provinzen beraten gegenwärtig über eine Einführung der LLP, vgl. hierzu *Morse*, in: *Palmer's LLP*, Rdn. A1-05, *Twomey* (2003) *Comp. Law* 24 (3), 86, 87.

⁸ Zunächst wurde eine LLP im Staat Western Australia eingeführt. In jüngerer Zeit haben New South Wales und Victoria nachgezogen. Bezüglich der LLP in New South Wales siehe *Whalley* (1998) *Comp. Law* 19 (4), 125–128. Auch andere australische Staaten befassen sich zurzeit mit der Möglichkeit der Einführung einer LLP; vgl. *URN* 99/1025, Kapitel IV, Ziff. 3; *Morse*, in: *Palmer's LLP*, Rdn. A1-05.

⁹ Dort nach dem britischen Vorbild, siehe *Chye Sian* (2002) *I.C.C.L.R.* 13 (9), N96–N97.

¹⁰ Dazu *Netherway/Begg/Beckett*, S. 148 ff.; *Freedman/Finch* (1997) *J.B.L. Sep.*, 387, 414 f.; *Morris/Stevenson* (1997) *M.L.R.* 60 (4), 538–551; *Kilian*, *RIW* 2000, 896–902.

¹¹ Eingehend zur Einführung der LLP im Vereinigten Königreich *Freedman/Finch* (2002) *J.B.L. Sep.*, 475–512; *dies.* (1997) *J.B.L. Sep.*, 387–423; *Cross* (2003) *J.B.L. May*, 268–283; *ders.* (1999) *Jur. Rev.* 5, 259–275; *Griffiths* (1998) *C.F.I.L.R.* 2, 157–173.

¹² *BGBI.* 1994 I, S. 1744.

Vergleicht man die aktuell existierenden Versionen der LLP miteinander, so fällt auf, dass die britische LLP unter ihren Schwestergesellschaften eine besondere Stellung einnimmt.¹³ Im Unterschied zu allen ihren Vorgängern ist sie nämlich nach ihrer Rechtsnatur keine modifizierte Form einer Personengesellschaft, sondern ein *body corporate*¹⁴ und mithin juristische Person.

Damit steht die britische LLP auch im Gegensatz zur deutschen Partnerschaft. Zwar sah der erste Gesetzesentwurf für ein Partnerschaftsgesetz von 1971 noch vor, die Partnerschaft als juristische Person auszugestalten.¹⁵ Allerdings wurde dieses Vorhaben im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens dahingehend geändert, die Partnerschaft als ausgebauter GbR – namentlich als rechtsfähige Personengesellschaft ohne eigene Rechtspersönlichkeit – auszugestalten.¹⁶

Jedoch ist es nicht lediglich die verschiedene Rechtsnatur der LLP im Vereinigten Königreich und der heimischen Partnerschaft, die beide Gesellschaftsformen schon auf den ersten Blick unterscheidet. Die britische LLP ist gleichzeitig die jüngere und damit möglicherweise auch modernere Organisationsform.

Die vorliegende Arbeit soll untersuchen, welche Beweggründe den Gesetzgeber im Vereinigten Königreich dazu veranlasst haben, die britische LLP in ihrer spezifischen Ausprägung ins Leben zu rufen. Dabei soll gezeigt werden, inwieweit sich die Konzeption der britischen LLP vom Konzept der deutschen Partnerschaft unterscheidet, um zu erörtern, ob die Rechtsform der LLP im Vereinigten Königreich einen Anstoß liefern kann, die einheimische Partnerschaft zu überdenken.

§ 2 Gang der Untersuchung

Der erste Teil der Arbeit beleuchtet die wichtigsten Rechtsfragen der britischen LLP. Hierbei wird besonderes Augenmerk auf die Frage gelegt, welche Ziele der britische Gesetzgeber mit der Reform verfolgt hat, ob diese aus heutiger Sicht erreicht wurden und welche Probleme oder Unsicherheiten mit der neuen Gesellschaftsform einhergehen.

Gegenstand der Analyse ist dabei ausschließlich die Rechtslage in England und Wales. Zwar gilt der LLPA auch für Schottland. Ebenso ist durch Gesetzgebungsakt des Northern Ireland Assembly der LLPA auch für diesen Teil des Vereinigten Königreichs anwendbar gemacht worden.¹⁷ Allerdings existieren in beiden Fällen Sonderregelungen, deren Berücksichtigung den Umfang dieser

¹³ Das gleiche gilt für die LLP Singapurs, weil sie auf der britischen LLP beruht.

¹⁴ Section 1 (2) LLPA.

¹⁵ BT-Drucks. 6/2047; *Boin*, S. 132.

¹⁶ Vgl. BT-Drucks. 7/5402; BT-Drucks. 7/5413; *Boin*, S. 133.